

# BLICKPUNKT NEUKÖLLN

Seite 5

**„Kein Kind wird kriminell geboren  
– die Clans machen sie dazu.“**

Interview mit dem stellvertretenden  
Bezirksbürgermeister Falko Liecke

Seite 6

**Gegen die Elendsromantik**

Wir wollen Müll und Gewalt  
in Neukölln den Kampf ansagen

Seite 8

**Und erlöse uns von dem Auto**

Ein Plädoyer für eine  
ausgewogene Verkehrspolitik

# Das ganze Leben ist ein ewiges Wiederanfangen

Hugo von Hofmannsthal



Christopher Förster, Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion Neukölln © Foto: Elisabeth Töpfer

## Gemeinsam nach vorne, für unser Neukölln!

Liebe Neuköllnerinnen,  
liebe Neuköllner,

wir alle durchleben gemeinsam eine der schwierigsten Zeiten in unserem Land. Die Corona-Pandemie hat uns allen viel abverlangt, doch der Trend geht in die richtige Richtung und unser Blick richtet sich wieder nach vorne. Lockerungen und ein „normales“ Leben wie vor der Pandemie sind nicht mehr weit entfernt.

Doch ein Blick zurück ist immer hilfreich, denn Corona hat uns auch vieles lehren können. Die Lücken in unseren Systemen wurden gnadenlos aufgedeckt und heute wissen wir, dass wir viele Investitionen benötigen. Nachhaltige Investitionen in den digitalen Ausbau der Verwaltung und unserer Schulen sind da nur ein erstes Beispiel.

Auch der Umgang des rotgrün geführten Bezirksamtes mit seinen Gastromomen ist mehr als ausbaufähig. Denn wenn inmitten einer Pandemie das Bezirksamt einen Mietvertrag von bezirkseigenen Liegenschaften kündigt, zeugt das nicht von Fingerspitzengefühl. Betroffen davon war das Restaurant Atrium in der Gropiusstadt. Auf Anfrage der CDU Fraktion kam heraus, dass die Betreiberin monatelang ihre Pachtgebühren und Betriebskosten bezahlt, überdies in Hygienemaßnahmen investiert hat und ihr dennoch gekündigt wurde. Ein ungeheuerlicher Vorgang, den wir aufdecken konnten und für den sich schlussendlich noch eine einvernehmliche Lösung zwischen beiden Parteien finden ließ. Warum erzähle ich Ihnen diese Geschichte? Mir ist wichtig, dass wir zusammenhalten und zusammenarbeiten, auf allen Ebenen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen des Blickpunktes.

Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr  
Christopher Förster

Christopher Förster  
Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion Neukölln





Islamistische Aktion auf der Sonnenallee. Foto: CDU-Fraktion Neukölln

## Gegen islamistische Machtdemonstrationen in Neukölln!

Ende Oktober vergangenen Jahres sorgte ein Video für Aufsehen, das die öffentliche Bedrohung und Herabwürdigung des französischen Präsidenten Macron durch einen islamistischen Youtuber auf der Sonnenallee zeigte. Wir haben den Vorfall auf das Schärfste kritisiert und konnten die Bezirksverordnetenversammlung im vergangenen November überzeugen, unserem Entschließungsantrag gegen islamistische Machtdemonstrationen zuzustimmen.

In der Entschließung haben wir den Vorfall auf der Sonnenallee verurteilt und die BVV aufgerufen, „sich ausdrücklich gegen islamistische Angriffe auf Vertreter und Werte der liberalen Demokratie“ zu positionieren. Weiter verpflichtete sich die BVV, „islamistischen Entwicklungen im Bezirk mit aller Härte und Entschiedenheit entgegenzutreten“ und positionierte sich „in dem Konflikt zwischen der Französischen Republik und islamistischen Kräften, die die demokratische Meinungsfreiheit mit Drohungen, Hass und Gewalt bis hin zu barbarischen Morden bekämpfen, unverbrüchlich an der Seite Frankreichs“.

Auch seit den Anschlägen, die dem Vorfall vorausgingen – der Enttötung des französischen Lehrers Samuel Paty, der mit seinen Schülern Mohammed-Karikaturen besprochen hatte und dem Mord an drei Kirchgängern in Nizza – kam es in Frankreich wiederholt zu islamistischen Attentaten, zuletzt wurde im April einer Polizeibeamtin bei Paris hinterücks die Kehle durchgeschnitten. Wir verfolgen diese Entwicklung mit großer Sorge und gedenken der Opfer dieser schrecklichen Morde.

Zum Gedenken gehört für uns auch, gegen die Bedingungen vorzugehen, die solche Taten erst ermöglichen. Wir sind froh, ein Bekenntnis der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln zum Kampf gegen den Islamismus erreicht zu haben. An ihm wird sich die Politik der BVV auch in Zukunft messen lassen müssen.



Der Emmauskirchhof in Neukölln ©ebenart, stock.adobe.com

## Geplante Bebauung auf Emmauskirchhof reduziert

Die Diskussion um die Bebauung der Friedhöfe an der Hermannstraße beschäftigt die Bezirkspolitik seit Jahren. Kritik kam vor allem von der CDU-Fraktion und dem Stadtrat für Umwelt und Naturschutz, Bernward Eberenz. Für sie stand und steht der Erhalt der Friedhofsflächen im hochverdichteten und mit Stadtgrün massiv unterversorgten Nordneukölln im Mittelpunkt.

Das Bezirksamt hingegen hielt lange an den Bebauungsplänen fest – bis jetzt. Denn zumindest im Fall des Emmauskirchhofs wurde jetzt eine deutliche Reduzierung um ungefähr die Hälfte der bisher geplanten Bebauung beschlossen und der Bebauungsplan für den mittleren Teil des Friedhofes eingestellt. Grund dafür sind neben denkmalschutzrechtlichen auch grundsätzliche umwelt- und bodenschutzfachliche Bedenken.

Neu sind diese nicht, wie Gerrit Kringel, der Vorsitzende der CDU-Fraktion klarstellt: „In einer Großen Anfrage habe ich bereits im Januar 2019 die bodenschutzfachlichen Fragen im Rahmen von Bebauungsplänen auf die Tagesordnung gesetzt.“ Der zuständige Stadtrat Bernward Eberenz wies in seiner Antwort darauf hin, dass sein Amt Stellungnahmen zu Bebauungsplänen auf Basis der gesetzlichen Grundlagen und der im Berliner Umwelatlas aufgeführten Leitlinien zum Umgang mit dem Schutzgut Boden abgebe.

Eberenz monierte damals auch, dass diese Stellungnahmen in einigen Fällen nahezu vollständig übergangen würden und verwies dabei explizit auf den fraglichen Bebauungsplan Emmauskirchhof-West. Die dortigen Bodenflächen unterlägen der zweithöchsten Schutzstufe, weshalb Eingriffe in den Boden prioritär zu vermeiden seien. Auch aus Gründen des innerstädtischen Natur- und Artenschutzes hatte das Umwelt- und Naturschutzamt erhebliche Bedenken. So könne der gesetzlich geforderte Ausgleich für die Bebauung innerhalb Neuköllns nicht geleistet werden. Folglich verweigerte es schon damals dem Planungsvorhaben insgesamt seine Zustimmung.

Dass sowohl die bodenschutz- als auch die naturschutzfachlichen Bedenken nach über zwei Jahren vom Bezirksamt doch noch zur Kenntnis genommen werden, freut auch Gerrit Kringel: „Sicher wäre eine frühere Berücksichtigung unserer Einwände ein Gewinn für den Bezirk gewesen, aber besser spät als nie.“ Seine Fraktion werde auch bei der geplanten Bebauung der Friedhöfe St. Jacobi-Friedhof und Jerusalem V weiter auf eine Berücksichtigung des Bodenschutzes und der natur- wie artenschutzrechtlichen Belange drängen.

# Kita Grashüpferchen soll sicherer werden

Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln hat einen Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor der Kita Grashüpferchen im Selgenauer Weg eingebracht, der im Ausschuss für Verkehr, Tiefbau und Ordnung und der Bezirksverordnetenversammlung die Zustimmung der anderen Fraktionen fand.

Vor der Kita sind zwar schon Warnschilder angebracht, die auf die Anwesenheit von Kindern hinweisen, diese könnten aber aufgrund der kurvenreichen Straßenführung leicht übersehen werden, argumentiert die CDU-Fraktion. Außerdem seien die Schilder häufig zugeparkt. Die CDU-Verordneten wollen daher mittels einer entsprechenden Straßenmarkierung den Warnhinweis sichtbarer machen und damit dem Wunsch der Eltern nach mehr Verkehrssicherheit vor der Kita nachkommen.

Voraussetzung für eine solche Straßenmarkierung ist, dass bereits eine entsprechende Beschilderung existiert, was hier der Fall ist. Dem Antrag steht daher aus behördlicher Sicht nichts im Wege. Auch die anderen Fraktionen konnte

die CDU-Fraktion von der Sinnhaftigkeit der Straßenmarkierung überzeugen, der Ausschuss empfahl der Bezirksverordnetenversammlung einstimmig die Annahme des Antrags.

Im Januar wurde der Antrag auch von der Bezirksverordnetenversammlung angenommen. Jetzt ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Maßnahme umgesetzt wird. Zur weiteren Verbesserung der Verkehrssicherheit vor Ort übergab der CDU-Bezirksverordnete Olaf Schenk, der auch den Antrag eingebracht hat, im Namen der Mittelstandsunion Neukölln im vergangenen Dezember auch Warnschilder in Form von Kinderfiguren, die vor der Kita angebracht wurden und Verkehrsteilnehmer sensibilisieren sollen.



Übergabe der gespendeten Warnfiguren © Foto: Michael Königs

# Spende für Tee- und Wärmestube

Wie versprochen haben die Bezirksverordneten unserer Fraktion ihre Sitzungsgelder aus einer außerordentlichen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung der Tee- und Wärmestube Neukölln gespendet.

Die Corona-Krise trifft jene am härtesten, die es ohnehin schon schwer haben. Deshalb war es uns ein besonderes Anliegen, die Tee- und Wärmestube in Neukölln mit einer Spende zu unterstützen. Die Einrichtung wird vom Diakoniewerk Simeon betrieben und ist eine Anlaufstelle für Bedürftige und Obdachlose, die hier auch während der Corona-Pandemie über eine Fensterausgabe unterstützt werden, zum Beispiel mit Lunchpaketen.

Am 30. April übergab unser stellvertretender Vorsitzender Christopher Förster im Namen der Fraktion den Spendenscheck über 300 Euro. Wir freuen uns, die Tee- und Wärmestube in ihrer wichtigen Arbeit mit unseren Sitzungsgeldern unterstützt und damit einen kleinen Beitrag zur Abmilderung der Folgen der Pandemie für die Bedürftigen in Neukölln geleistet zu haben.



Spendenscheck überreicht © Foto: Timo Lindeman



## INTERVIEW MIT FALKO LIECKE

# „Kein Kind wird kriminell geboren – die Clans machen sie dazu.“

Falko Liecke ist in Neukölln Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit und stellvertretender Bürgermeister. Er ist der dienstälteste aller Stadträte im aktuellen Bezirksamt. Wir haben mit ihm über seine Arbeit für Neukölln gesprochen.



Falko Liecke ©Foto: Michael Königs

Fraktion: Wenn Sie eine Sache nennen müssen, die besonders gut war in den über 11 Jahren Ihrer Amtszeit, was wäre das?

Falko Liecke: Ganz schwer. Mein Arbeitsgebiet ist so vielfältig und hat an so vielen Stellen Auswirkungen auf die Neuköllnerinnen und Neuköllner, dass mir gleich mehrere Sachen einfallen. Aber ich möchte einen Punkt benennen, der in der öffentlichen Wahrnehmung oft vergessen wird. Wir haben es geschafft, die Gesundheit unserer Neuköllner Kinder stetig und deutlich messbar zu verbessern. Weniger Übergewicht, weniger Kinder mit Sprachdefiziten, mehr Kinder profitieren von den Bildungsangeboten in Kitas.

Wie haben Sie das geschafft?

Das haben vor allem meine Männer und Frauen im Jugend- und Gesundheitsamt geschafft. Aber natürlich spielen da auch strategische Entscheidungen eine wichtige Rolle. Als einziger Berliner Bezirk haben wir seit 2012 eine umfassende Präventionsstrategie und nehmen dafür auch Geld in die Hand. Die Neuköllner Präventionskette mit tollen Familienzentren, eigener App, kostenlosem Familiengutschein und Hausbesuchen für alle Neugeborenen ist einfach eine tolle Neuköllner Idee. Jugend- und Gesundheitsamt sind strukturell miteinander verknüpft. Das wird jetzt übrigens berlinweit vorgeschrieben.

Und das ist auch ein wichtiger Faktor im Kinderschutz.

So ist es. Kinderschutz beginnt ja sehr früh und auch da sind wir ganz vorne dabei. Als erster Bezirk hat Neukölln ein eigenes Kinderschutzteam. Andere Bezirke ziehen jetzt nach, gut so!

Die Präventionskette für junge Familien findet über alle Parteigrenzen hinweg Anerkennung. Was macht der Bezirk darüber hinaus für ältere Kinder?

Wir haben in den letzten Jahren viele Millionen Euro in Jugendfreizeiteinrichtungen investiert. In diesem Jahr werden es insgesamt nochmal 25 Millionen Euro für verschiedene Bauarbeiten sein, die teilweise noch in diesem Jahr fertig werden sollen. Für weitere 24 Millionen Euro gibt es konkrete und sehr realistische Planungen. Das macht mich als Jugendstadtrat richtig stolz. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir weiterhin vor allem im Süden des Bezirks unterversorgt sind. Es gehört auch zu meinen Aufgaben, das immer wieder dem Senat zu sagen und denen auf den Füßen zu stehen, dass es genug Geld für Jugendarbeit geben muss.

Thema Kitaplätze. Für viele Neuköllnerinnen und Neuköllner ist die Suche nach einem Platz eine Tortur. Was kann der Bezirk da überhaupt tun?

Der Bezirk Neukölln betreibt selbst keine Kitas. Das ist ein Riesenproblem. Ich bekomme regelmäßig hilfesuchende Mails von Eltern. Wo immer ich kann, unterstütze ich auch. Mein Jugendamt hat eine eigene Stelle, die bei der Suche nach

einem freien Platz hilft und auch den direkten Kontakt zu Kitaträgern sucht. Ich kann auch keine Kitaplätze backen. Aber immerhin haben wir seit 2012 fast 3.000 Plätze neu geschaffen. Bis 2023 kommen nochmal 1.200 Plätze dazu. 2.000 weitere Plätze könnten wir von heute auf morgen anbieten, wenn wir nur genügend Personal hätten. Das ist weiter das größte Problem, das wir als Bezirk nicht lösen können.

Kein Interview über Neukölln kommt derzeit ohne einen Blick auf die Clankriminalität aus. Was sind Ihre wichtigsten Punkte dazu?

Als Jugendstadtrat treibt mich vor allem die Sorge um die Kinder in diesen Familien um. Es kann nicht sein, dass die Gesellschaft da wegsieht, weil es unbequem werden könnte. Ich bin der Überzeugung, dass dieses strukturelle kriminelle Umfeld in Clanfamilien etwas mit Kindern macht, was wir nicht zulassen dürfen. Auch in diesen Milieus müssen wir in der Lage sein, Kinder vor einem dauerhaft kriminellen Umfeld zu schützen. Kinderschutz gilt auch in Clanfamilien.

Wenn schon die ersten drei Brüder Intensivtäter sind und die Eltern das auch noch unterstützen, ist es die Pflicht des Staates, einzugreifen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass auch die Kinder Nummer vier bis sechs zu Schwerverbrechern werden. Denn auch diese Kinder haben ein Recht auf ein gutes Aufwachsen, ohne von den Clans in die Kriminalität getrieben zu werden. Kein Kind wird kriminell geboren – die Clans machen sie dazu.



# Gegen die Elendsromantik

**Neuköllns Straßen haben durch gewalttätige Übergriffe, das Müllproblem und offenen Drogenkonsum traurige Berühmtheit erlangt. Große Teile der Kommunalpolitik arrangieren sich mit den Zuständen oder romantisieren sie sogar. Wir nicht.**

Die Zustände in Nordneukölln sind bekannt und machen immer wieder überregional Schlagzeilen. Männerbanden greifen schutzlose Menschen an, nicht selten werden die Opfer nach islamistischen Kriterien ausgewählt. Müll und Hausrat landen auf der Straße und werden über Wochen und Monate nicht entfernt. Harte Drogen werden offen gedealt und konsumiert, häufig bleibt das Spritzbesteck auf Grünflächen und Spielplätzen liegen.

Auch Britz hat vermehrt mit diesen Problemen zu kämpfen, ist doch mit der Hermannstraße ein Hotspot der bezirkstypischen Problemen nur wenige Gehminuten entfernt. Das Bezirksamt zeigt sich bei der Bekämpfung dieser Probleme überfordert und hilflos, Teile der Bezirksverordnetenversammlung sind sogar dazu übergegangen, Lösungsansätze zum eigentlichen Problem zu erklären.

So bemühen sich Linke und Grüne, dem geplanten Umbau des Karstadt am Hermannplatz, der diesem tristen und rauen Pflaster zu neuer Strahlkraft verhelfen könnte, Steine in den Weg zu legen. Die Begründung: Der Neubau passe nicht in die Gegend. Die Antifa-Floskel „Unser Kiez bleibt dreckig“ scheint man sich in der Bezirkspolitik zu Herzen zu nehmen.

Während die grünen und linken Bezirksverordneten so zeigten, wie man die Lösung zum Problem umdeutet, machte das Bezirksamt bei der Gedenkveranstaltung für den französischen Lehrer Samuel Paty, der von einem Islamisten enthauptet wurde, vor, wie man das Problem zur Lösung erklärt: Als Repräsentant des Islams wurde ausgerechnet Taha Sabri eingeladen, der Imam der Dar Assalam Moschee, die dem legalistischen Islamismus zugerechnet wird.

Diejenigen, die sonst – oft völlig zu Recht – vor Hass und Hetze warnen, scheinen es aus einer falschen Kultursensibilität heraus beim Islamismus nicht so streng zu nehmen. Dabei verhindert gerade diese Sonderbehandlung die Durchsetzung der demokratischen Maxime der Gleichbehandlung und zementiert Muslime in ihrer vermeintlichen Andersartigkeit.

Für uns gilt daher: Eine Ideologie, die die Repräsentanten der liberalen Gesellschaft zu Feinden erklärt, darf keinen Artenschutz genießen, nur weil sie ihren Ursprung in einer anderen Weltregion hat. Das Gerede vom „bunten Neukölln“ ist sinnentleert, wenn nicht zugleich die Feinde der Vielfalt im Bezirk klar benannt werden – unabhängig davon, ob diese in ihrem Treiben rechts- oder linksextrem oder eben islamistisch motiviert sind.

Und auch sonst wollen wir die Probleme im Bezirk weder hinnehmen noch schönreden, sondern zeigen konkrete Lösungsansätze auf und halten an unserer Überzeugung fest, dass Neukölln auch anders kann: Mit mobilen Drogenkonsumräumen bei gleichzeitigem Ausbau der Prävention und Suchtberatung, mit kostenloser Sperrmüllabholung, einer investitionsfreundlichen Wirtschaftspolitik und klarer Kante gegen die Feinde der Freiheit.

*Müll und Sperrmüll auf Neuköllner Straße © Foto: CDU Neukölln*





Müll am Spielplatz Ortolanweg © Foto: Christopher Förster

## Für saubere und sichere Spielplätze!

Die Vermüllung und Verwahrlosung von Teilen Neuköllns trifft auch die Jüngsten. So werden Spielplätze nicht nur mit Scherben und Kippenbergen von Trinkgelagen verunstaltet, sondern auch immer wieder mit Spritzen, mit denen harte Drogen konsumiert wurden.

Für Eltern sind einige unserer Spielplätze dadurch keine Orte mehr, an denen sie abschalten, mit Bekannten quatschen und ihre Kinder unbesorgt mit anderen spielen lassen können. Vielmehr sind sie gezwungen, ihre Kinder mit wachsamem Auge zu beobachten oder die Spielplätze bei Betreten nach gefährlichen Gegenständen abzusuchen.

Den Kindern wird so die Möglichkeit genommen, unbekümmert zu spielen und zu entdecken, ihrer Neugier nachzugehen. Sie erleben ihre Umwelt – und das heißt: Nicht nur das öffentliche Straßenland, sondern eben auch speziell für sie angelegte Spielplätze – als triste, verwahrloste und bisweilen gefährliche Orte.

In den prägenden ersten Jahren entscheidet sich, wie Kinder ihr Verhältnis zur Welt ausbilden und was sie als normal anerkennen. Wollen wir, dass in Neukölln Kinder heranwachsen, die sich bei Besuchen in anderen Städten oder Stadtteilen fragen: „Wo ist denn der ganze Müll?“ Ganz sicher nicht.

Deshalb fordern wir als CDU-Fraktion einen Ausbau der Reinigungs- und Instandhaltungsmaßnahmen auf Spielplätzen und in ihrer Umgebung. Dazu gehört auch eine Infrastruktur, die vor Ort die sachgerechte Entsorgung von Müll und Zigarettenskippen ermöglicht. Um die für Kinder besonders gefährlichen Spritzen von den Spielplätzen fernzuhalten, wollen wir mobile Drogenkonsumräume für Abhängige.

Denn mit einem Schön- oder Wegreden der Drogenszene im Bezirk ist niemandem geholfen. Neben einem harten Durchgreifen gegen die Dealer müssen wir den Abhängigen ermöglichen, ihrer Sucht abseits des öffentlichen Straßenlands unter Wahrung medizinischer und hygienischer Standards nachzugehen. Das gibt ihnen ein Stück Würde und Sicherheit zurück und unseren Kindern Spielplätze, auf denen sie ohne Angst ihrer Neugier nachgehen können.



Lichtzeichenanlage zur sicheren Straßenüberquerung © MichaelJBerlin, stock.adobe.com

## CDU-Fraktion will Querungshilfe

Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln hat einen Antrag auf Einrichtung einer Querungshilfe über die Stubenrauchstraße eingebracht – der zuständige Ausschuss für Verkehr, Tiefbau und Ordnung und die Bezirksverordnetenversammlung haben diesen als Prüfantrag angenommen.

Zu Stoßzeiten die Stubenrauchstraße auf der Höhe Ehrenpreisweg / Glockenblumenweg zu überqueren ist gar nicht so einfach. Die Verkehrssituation ist unübersichtlich, Autobahnzufahrtsverkehr trifft auf Autofahrer, die über den Ehrenpreisweg in Richtung Alt-Rudow abkürzen und zudem ist die Kreuzung eine wichtige Verbindung ins Blumenviertel.

Vor allem Familien mit Kindern sowie ältere Bürgerinnen und Bürger haben sich in der Vergangenheit über die Situation für Fußgänger vor Ort beschwert und wünschen sich an der Ecke eine Querungshilfe. Die CDU-Fraktion hat daher einen entsprechenden Antrag in den Ausschuss für Verkehr, Tiefbau und Ordnung eingebracht.

Der Antrag sieht vor, das Bezirksamt aufzufordern, die Einrichtung einer Lichtzeichenanlage zu prüfen. Der Bezirksbürgermeister gab für das Bezirksamt an, die Zuständigkeit für die Einrichtung einer Ampel liege beim Senat, das Bezirksamt könne allenfalls prüfen und beantragen. Zudem lägen keine Zahlen zu Unfällen und Verkehrsaufkommen vor.

Trotzdem konnte die CDU-Fraktion für ihren Antrag die Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken gewinnen, da die Notwendigkeit der Absicherung der Kreuzung den Bezirksverordneten auch aus eigener Erfahrung ersichtlich war. Der Ausschuss empfahl der Bezirksverordnetenversammlung einstimmig die Annahme des Antrags, im Januar folgte die Bezirksverordnetenversammlung der Ausschussempfehlung. Die Rudower können darauf hoffen, dass die Kreuzung in Zukunft für Fußgänger sicherer wird.

# Und erlöse uns von dem Auto

Der rot-grüne Feldzug gegen das Auto trägt inquisitorische Züge. Welche Gefahren bringt er mit sich? Ein Plädoyer für eine ausgewogene Verkehrspolitik.



Ob auf Twitter, auf der Straße oder in den Parlamenten – an der wildgewordenen Meute aus Lastenradlern, PopUp-Aktivist\*innen, Klimawarnern und Technikfeinden führt heute kaum ein Weg vorbei. Geeint werden die disparaten Weltverbesserer vor allem durch einen gemeinsamen Feind, der hinter jeder Straßenecke lauert – am Steuer seines Personenkraftwagens.

Der Autofahrer ist der „alte weiße Mann“ der Verkehrspolitik: Über Jahrzehnte habe die Politik nur seine Interessen im Blick gehabt, aber damit sei nun Schluss, die Stunde der verkehrspolitischen Minderheiten sei angebrochen. Liegeradfahrer und E-Tandem-Besitzer erkämpfen sich die Infrastruktur, die ihnen zusteht – Parkplätze zu PopUp-Radwegen.

Doch mit der Eroberung der Fahrspuren ist es nicht getan: Wer Auto fährt, sündigt und muss bestraft werden. Strafsteuern für CO<sub>2</sub>-Schweine sollen das Klima retten und machen das Autofahren wieder zu einer Klassenfrage; wer SUV fährt, soll sozial geächtet werden. Doch was genau wollen Rote und Grüne der Gesellschaft da eigentlich austreiben?

Unter der Zurückdrängung des Autos in der Innenstadt leiden in erster Linie alle, die beruflich auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen sind. Gerade bei größeren Anfahrtswegen verlängert sich Fahrtzeit bei einem Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oft erheblich. Wer überdies sein Auto dabei auch zum Transport von Arbeitsgerätschaften und Ähnlichem nutzt, steht schnell vor logistischen Schwierigkeiten.

Auch der gewerbliche Lieferverkehr wird stark eingeschränkt, wo Fahrradwege ohne sorgfältige Planung im PopUp-Verfahren geschaffen werden. Das zeigte zuletzt die Situation an der Blaschkoallee, wo durch den neuen Radweg außerdem mehrere Arztpraxen für Patienten mit eingeschränkter Mobilität schwerer erreichbar wurden.

Eine Gruppe, die in der Diskussion nur selten berücksichtigt wird, sind Angehörige von Minderheiten, die in Teilen Berlins, zu denen auch Neukölln gehört, Übergriffe fürchten müssen. Für Transsexuelle, arabische Christen, emanzipierte Frauen mit Migrationshintergrund und erkennbar jüdische oder homosexuelle Personen gleicht eine Fahrt mit der U-Bahn oftmals einem Spießbrutenlauf.

Für sie ist das Auto viel zu oft die einzige Möglichkeit, sich angstfrei in der Stadt zu bewegen. Es ist bezeichnend, dass gerade jene politischen Akteure, die sonst bei jeder Gelegenheit nach „safe spaces“ schreien, hier die Augen verschließen. Verwundern kann es aber nicht, ist doch die Verdrängung der realen Gewalt auf der Straße zu Gunsten der Beschäftigung mit Scheindebatten über egalitäre Sprachregelungen längst gängige Praxis.

In letzter Konsequenz leidet jedoch die ganze Gesellschaft unter dem Feldzug gegen das Auto. Als wäre der Polarisierungsgrad nicht schon hoch genug, wird der Zerfall der Gesellschaft in einander unversöhnlich gegenüberstehende Interessengruppen nun auch noch verkehrspolitisch vorangetrieben. Politik verkommt so zur Feindbestimmung.

Auf dieses Spielchen wollen wir von der CDU-Fraktion uns nicht einlassen. Gerade in diesen aufgeheizten Zeiten braucht Neukölln eine besonnene Verkehrspolitik, die die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Denn Autofahrer, Fahrradfahrer und Studenten mit Semesterticket haben ein gemeinsames Interesse an einem funktionierenden und sicheren Nahverkehr und einer gut und gerecht geplanten Straßeninfrastruktur.

*Ausgewogene Verkehrspolitik statt „alle gegen alle“ © upixa, stock.adobe.com*

## NEHMEN SIE KONTAKT ZU UNS AUF!

Haben Sie Anregungen, Fragen oder wollen Sie einfach Ihre Meinung zu einem Thema äußern? Rufen Sie uns unter 030 / 902 393 543 an oder kontaktieren Sie uns per E-Mail: [info@cdu-fraktion-neukoelln.de](mailto:info@cdu-fraktion-neukoelln.de)



## IMPRESSUM

CDU Fraktion Neukölln  
Gerrit Kringel (V.i.S.d.P.)  
Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Tel.: 030 - 90239 3543, Fax: 030 - 90239 2713

[www.cdu-fraktion-neukoelln.de](http://www.cdu-fraktion-neukoelln.de)  
[info@cdu-fraktion-neukoelln.de](mailto:info@cdu-fraktion-neukoelln.de)

Titelbild: © Foto: Elisabeth Töpfer